

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt
Lüdenscheid

am 15.11.2016

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsfrau Tanja Tschöke Bündnis 90/Die Grünen ab 17.27 Uhr
Grünen

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Timothy Kahler	CDU	
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	
Ratsherr Philipp Siewert	SPD	
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Verena Szermerski-Kasperek	SPD	
Frau Sura Acun-Türkyilmaz	DIE LINKE.	
Herr Peter Arens	CDU	Vertreter für Ratsfrau Susanne Mewes
Frau Cordula Bock	Fraktionslos	bis 18.45 Uhr
Herr Michael Heide-Gentz	Fraktionslos	
Frau Karin Löhr	Fraktionslos	
Frau Stefanie Schröder	Fraktionslos	
Frau Reinhildis Simon	Fraktionslos	
Ratsfrau Barbara Tümsmeyer	SPD	Vertreterin für Ratsfrau Nicole Schulte
Herr Christoph Weiland	CDU	
Herr Hans-Werner Wolff	Fraktionslos	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Erika Kiesel	Alternative für	
Lüdenscheid		
Herr Horst Löwenberg	Fraktionslos	
Ratsfrau Kirsten Petereit	Bündnis 90/Die Grünen	bis 18.45 Uhr
Grünen		
Herrn Jan Trimpop	Fraktionslos	

Gäste:

Herr Sven Haarhaus

Verwaltung:

Herr Matthias Reuver
Frau Jutta Busenius

Herr Dirk Brombach
Herr Stefan Hesse
Frau Jessica Schmidt

Schriftführung:

Frau Marion Gerbracht

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Susanne Mewes	CDU
Ratsfrau Nicole Schulte	SPD

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Lothar Büth	Fraktionslos	
Herrn Jochen Grün	Fraktionslos	entschuldigt
Herr Johannes Kirchhoff	Fraktionslos	
Herr Bernd Kleine	Fraktionslos	
Herr Ansgar Röhrbein	Fraktionslos	
Frau Anette Schwarz	FDP	

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Herrn Faruk Ince	Einzelbewerber
------------------	----------------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:50 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Aus der Öffentlichkeit liegen keine Anfragen vor.

**2. Satzung für das Jugendamt - Neufassung
Vorlage: 198/2016**

Beschluss:

Die Satzung für das Jugendamt der Stadt Lüdenscheid wird in der als Anlage beigefügten Neufassung mit Wirkung zum 01.01.2017 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

3. Präsentation des Stadtjugendring Lüdenscheid e.V. zur Umfrage Ferienfreizeiten

Der Stadtjugendring hat eine Befragung der Träger von Jugendfreizeiten durchgeführt, die dem Ausschuss vorgestellt wird. Hintergrund dieser Aktion ist die HSK-Maßnahme, nach der die Zuschüsse für die Ferienfreizeiten um insgesamt 20.000 € gekürzt werden sollen. An der Befragungsaktion haben teilgenommen:

Bezirksjugendwerk der AWO Westliches Westfalen, Caritasverband für das Kreisdekanat Altena-Lüdenscheid e.V., CVJM Stadtverband Lüdenscheid e.V., Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg Stamm St. Medardus, Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Lüdenscheid e.V., Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lüdenscheid-Plettenberg, Ev. Kirchenkreis Lüdenscheid-Plettenberg, Freie evangelische Gemeinde Lüdenscheid, Katholische Junge Gemeinde Maria Königin, Lüdenscheider Kinderchor 1976 e.V., Verein der Freunde der Musikschule Lüdenscheid e.V.

Frau Julia Wilkens vom Stadtjugendring gibt dazu einige Erläuterungen.

Herr Wolff ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass nach seiner Ansicht über eine Erhöhung des Haushaltsansatzes nachgedacht werden müsse. Anderenfalls werde man die Betreuung für die Ferienfreizeiten perspektivisch nicht mehr leisten können. Die Anzahl der Anträge auf Sonderzuschüsse für Freizeiten, also für bedürftige Familien, belaufe sich auf ca. 60, davon 58 Anträge allein bei der Caritas.

Herr Reuver merkt an, dass die HSK-Maßnahme und die bestehenden Richtlinien zusammenpassen. Für die Zukunft müsse man allerdings darüber nachdenken, ob die finanzielle Basis nicht doch verbreitert werden müsse, um alle Antragsteller berücksichtigen zu können.

Herr Löwenberg, Herr Wolff und Frau Löhr stellen die Bewilligungspraxis von Leistungen für Freizeiten im Rahmen der Bildung und Teilhabe nach dem SGB II durch die Jobcenter vor.

Die Powerpoint-Präsentation des Stadtjugendrings wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Kasperek bedankt sich bei Frau Wilkens und dem Stadtjugendring für die Darstellung.

An dieser Stelle übernimmt Frau Tschöke den Vorsitz.

Beschluss:

4. Zusätzliche Betriebskostenzuschüsse KiTa Zweckverband im Bistum Essen Vorlage: 206/2016

Herr Reuver stellt ausführlich die Bewilligungspraxis der freiwilligen Sonderzuschüsse dar mit Blick auf die Revision des KiBiz im Jahr 2019. Spätestens dann werden auch die freiwilligen Sonderzuschüsse auf dem Prüfstand stehen. Von Herrn Weiland kommt der Vorschlag, die bewilligten Sonderzuschüsse differenziert nach Trägern im Kita-Bedarfsplan aufzuführen. Ferner sollten an die Gewährung von Zuschüssen Bedingungen für die Träger geknüpft werden, die vertraglich festgesetzt werden sollten. Herr Löwenberg äußert sich dahingehend, dass die Kita-Finanzierung für die Freien Träger nicht auskömmlich ist. Die Erhöhung der Kindpauschalen ab 01.08.2016 von 3% reiche nach wie vor nicht aus. Über eine unbedingte notwendige Revision des KiBiz ist sich der Ausschuss einig.

Nach ausführlicher Diskussion kommt es zur Abstimmung und zur Beschlussfassung.

Beschluss:

Dem KiTa Zweckverband im Bistum Essen werden zusätzliche Betriebskostenzuschüsse gemäß dem (nachfolgenden) in der Begründung der Beschlussvorlage gemachten Vorschlag bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

5. Haushalt der Fachdienste des Jugendamtes Vorlage: 199/2016

Die Vorsitzende geht auf den mündlichen Antrag auf Dynamisierung der Zuschüsse für die Freien Träger ein, der in der letzten JHA-Sitzung von Herrn Weiland gestellt wurde. Der Antrag soll in der nächsten Sitzung des JHA behandelt werden, wenn Aussagen der Kämmerei zur Wettbürosteuer vorliegen, die als Deckungsvorschlag für die Dynamisierung der Zuschüsse benannt wurde.

Der Beschlussvorschlag wird von der Vorsitzenden geändert. Der Passus „sowie vorbehaltlich des Beschlusses zu Vorlage Nr. 206/2016“ wird herausgenommen, da diese bereits als TOP 4 beraten und beschlossen wurde. Bei drei Enthaltungen der CDU wird dieser Beschlussvorschlag angenommen.

Beschluss:

Dem Entwurf des Teilergebnisplans und des Teilfinanzplans, der Investitionsmaßnahmen für die Produkte der Fachdienste des Jugendamtes wird unter Berücksichtigung der Veränderungen aus der beigefügten Änderungsliste zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	3

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

6.1.1. Sitzungsplan

Frau Tschöke gibt den neuen Sitzungsplan für 2017 bekannt, der als Tischvorlage verteilt wurde und dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

6.1.2. Verabschiedung von Herrn Giet

Herr Reuver kündigt die Verabschiedung von Herrn Werner Giet für die nächste JHA-Sitzung an, der im Januar in den Ruhestand geht. Gleichzeitig werde seine Nachfolgerin, Frau Susanne Sondermann, hier im Ausschuss vorgestellt.

6.2. Beantwortung von Anfragen

6.3. Anfragen

6.3.1. Arbeitskreis Kita-Beiträge

Herr Weiland möchte wissen, ob es mit dem Arbeitskreis Kita-Beiträge weitergehen soll. Er ist der Meinung, dieser Arbeitskreis sei ein guter Ansatz gewesen, um in Richtung Reduzierung der Kita-Beiträge etwas zu bewegen.

Herr Reuver verweist auf die Vorstellung der Arbeit von „Kita 21“, die in der Sitzung des JHA am 08.03.2016 gemacht wurde. Die Aussagen des stellvertretenden Vorsitzenden von Kita 21, Herrn Albrecht, waren der Niederschrift als Anlage zu TOP 4 beigefügt. Diese Darstellung werde als Anlage der aktuellen Niederschrift zur Verdeutlichung nochmals angehängt.

Frau Tschöke antwortet, dass der Arbeitskreis bisher zweimal getagt habe und man sehen müsse, ob dieser fortgeführt werden könne. Es handele sich hierbei um eine freiwillige Zusammenkunft und nicht um einen Arbeitskreis, der dem JHA angehöre.

6.3.2. Skaterhalle

Frau Tschöke bittet um einen Sachstandsbericht in der nächsten Sitzung über die Behebung der Mängel beim Brandschutz in der Skaterhalle sowie einen möglichen Zwischenbericht zur Statik der Halfpipes.

Herr Reuver berichtet von einer Erörterung mit dem Vereinsvorsitzenden Herrn Köhler und der Bauaufsicht. Danach gebe es vier Punkte, die abgearbeitet werden müssen, um die Halle wieder öffnen zu können:

1. Die Statik prüfen
2. Einen Rettungsweg schaffen
3. Die Anbindung der Feuerlöscher
4. Die Überprüfung der Elektroinstallation.

Wenn dabei keine große Überraschung herauskäme, sehe er die Wiedereröffnung der Halle nicht gefährdet. Die ZGW ist mit Herrn Köhler im Gespräch, und es seien schon erste Angebote eingeholt worden. Daher sieht Herr Reuver es als möglich an, in der nächsten Sitzung schon über den Fortlauf berichten zu können.

gez. Tanja Tschöke

Vorsitzende

gez. Marion Gerbracht

Schriftführerin